

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Vennegerts, Stratmann und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5559, 11/5581 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 09 02 wird ein neuer Titel 882 08 – Förderung der Solarzellenproduktion – eingerichtet und mit 100 Mio. DM ausgestattet.

Bonn, den 23. November 1989

Frau Vennegerts

Stratmann

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Es handelt sich um Investitionszuschüsse für den Bau von Solarzellenfabriken. Es ist bei einem 30prozentigen Zuschuß mit ca. 2 bis 3 Photovoltaikfabriken für einen Leistungsbereich von 50 bis 100 MW zu rechnen. Mittelfristig werden insgesamt ca. 300 bis 500 Mio. DM benötigt.

Derzeit werden hauptsächlich multikristalline Solarzellen für den angesprochenen Nutzungsbereich eingesetzt, wobei die Dünnschichtzellen als die Zellen der Zukunft gelten. Einen wesentlichen Einfluß auf die Kosten der Solarzellen und -modulherstellung hat neben weiteren technologischen Fortschritten vor allem die Größe der industriellen Produktionskapazitäten. Ist derzeit mit Stromerzeugungskosten mittels Photovoltaikanlagen zwischen 1,00 und 1,30 DM/kWh zu rechnen, so könnten diese Kosten auf ca. 30 Pf/kWh gesenkt werden, wenn die Produktionskapazitäten erhöht und die damit verbundenen Rationalisierungs- und Kostendegressionseffekte ausgenutzt würden. Nach einer neuen Studie der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH könnten diese Erzeugungskosten unter den klimatischen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland bereits innerhalb von 5 Jahren erreicht werden.

Um diese Kostendegressionseffekte ausnutzen zu können, wurde im GRÜNEN Szenario unterstellt, daß entsprechende Produktionsanlagen für multikristalline Solarzellen in der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut und daß gleichzeitig die Dünnschichtzellen zur Produktionsreife weiter entwickelt werden. Diese kommen dann nach dem Jahr 2000 verstärkt zur Anwendung. Dieser Entwicklungslogik folgend steigt die installierte Leistung in den 10 Jahren bis zum Jahre 2000 nur auf 340 MW, steigert sich dann aber bis zum Jahre 2005 auf 2 300 MW und bis 2010 – der Zubaudynamik entsprechend – auf 6 960 MW.

Auch bei den hier dargestellten Kosten handelt es sich um die reinen betriebswirtschaftlichen Kosten. Hohmeyer hat für die photovoltaische Stromerzeugung pro erzeugter Kilowattstunde einen sozialen Nettonutzen zwischen 7 und 17 Pf/kWh auf der Preisbasis von 1982 errechnet, wobei es sich auch hier wiederum um die Untergrenze der vermiedenen externen Kosten handelt.